

**26. September
1980**

Das Oktoberfest- Attentat



Landeshauptstadt
München



Tatjana Neef

**26. September
1980**

**Das Oktoberfest-
Attentat**

Landeshauptstadt München (Hrsg.)

Inhalt

Vorwort Dieter Reiter, Oberbürgermeister	6
1980 – Das 146. Oktoberfest	11
Das Bombenattentat – 26. September 1980	11
Die Tage nach dem Attentat	14
Die polizeilichen Ermittlungen	19
Nach dem Abschluss der Ermittlungen 1982: neue Fragen, neue Erkenntnisse	26
Das Oktoberfest-Attentat im öffentlichen Bewusstsein	36
„Die Zeit heilt keine Wunden“ – die Folgen für die Opfer und deren Angehörige	45
Erinnerungskulturelles Forschungsprojekt der Landeshauptstadt München	48
Quellen	52
Abbildungsverzeichnis	54

Vorwort

Es ist sicher nicht das Erste, woran viele Menschen bei der Wiesn denken. Und trotzdem ist es untrennbar mit ihr verbunden: das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980. Bei dem verheerenden Bombenanschlag nahe dem Haupteingang zur Festwiese kamen damals 12 Menschen und der Attentäter ums Leben, 221 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Es war der schwerste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Als Bombenleger wurde der rechtsextreme Student Gundolf Köhler identifiziert. Seine Verbindungen in die rechtsextreme Szene wurden in den 1980er Jahren von den Ermittlungsbehörden allerdings ausgeblendet, so dass das gesellschaftspolitische Umfeld des Terrorakts und etwaige Mittäter lange Zeit unbeachtet blieben.

Journalisten, Anwälte, Bündnisse und Hinterbliebene zweifelten das Ermittlungsergebnis des unpolitischen Einzeltäters jahrzehntelang an. Ihre Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Ermittlungen erfüllten sich erst 2014. Trotz intensiver Bemühungen führten jedoch auch die wiederaufgenommenen Ermittlungen nicht zum Ziel, die Tathintergründe vollständig aufzuklären. Die Gründe hierfür liegen sicher insbesondere in den massiven Verfehlungen und Versäumnissen der ursprünglichen Ermittlungen unmittelbar nach der Tat. Im Juli 2020 wurden die Ermittlungen schließlich eingestellt.

Es ist enttäuschend und bedauerlich, dass somit viele Fragen weiterhin ungeklärt bleiben. Meine Gedanken sind in erster Linie bei den Todesopfern, ihren Angehörigen sowie den vielen Verletzten des Bombenanschlags vom 26. September 1980. Gerade für sie wäre es wichtig gewesen, endlich Klarheit über die genauen Tathintergründe und mögliche Mittäter zu erhalten. Dies ist nur zum Teil gelungen. Dennoch ist es – in einer Zeit, in der sich die fortwährende Gefahr rechten Terrors auf erschreckende Weise zeigt – wichtig, dass die Tat nun endlich auch offiziell als das benannt wird, was sie war: ein rechtsextremer Terrorakt.

Selbstverständlich kann das Leid der Betroffenen dadurch nicht wieder gutgemacht werden. Trotzdem ist es ein wichtiges und längst überfälliges Signal, das rechtsextreme Motiv der Tat auch von Seiten der Sicherheitsbehörden zu benennen und offenzulegen. Schließlich geht es hierbei neben Trauer, Erinnerungsarbeit und umfassender historischer Aufklärung auch darum, Rechtsextremismus und Menschenverachtung heute die Stirn zu bieten und aktiv für Freiheit und Menschenwürde einzutreten.

Auch die Stadt München hat sich erst spät dem Wunsch zur Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft in Bezug auf diesen rechtsextremen Bombenanschlag verschrieben. 2015 wurde ein Forschungsprojekt initiiert, das der Dokumentation der bewegenden Lebensschicksale der Opfer des Oktoberfest-Attentats dient und dem Prozess des Verdrängens und Vergessens entgegenwirken will.

Den Auftakt dieses Forschungsprojekts stellte im September 2015 eine Veranstaltung im Alten Rathaus dar. Auf meine Bitte berichtete ein betroffenes Ehepaar öffentlich über die erlittenen Verletzungen und die daraus resultierenden Beeinträchtigungen ihres heutigen Lebens. Der gewährte Einblick war ergreifend und beschämend zugleich, denn nur allzu schnell werden Menschen mit ihrem Schicksal allein gelassen und geraten aus unserem Blickfeld, obwohl sie unserer Fürsorge und Unterstützung bedürfen. Vor diesem Hintergrund bin ich sehr froh, dass der Münchner Stadtrat den Betroffenen seit 2017 100.000 Euro für konkrete Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt hat.

Damit sich zukünftig jeder am Haupteingang der Theresienwiese über die Geschehnisse des 26. Septembers 1980, die Folgen und Schicksale der Überlebenden informieren kann, wurde am Ort des Geschehens und Gedenkens nun auch ein Ort der Dokumentation geschaffen. Besonders freut mich, dass die Entstehung und die Ausstellung in Zusammenarbeit mit Überlebenden entstanden ist. Dafür möchte ich mich bei ihnen bedanken und zugleich versichern, dass sich die Stadt München auch künftig ihrer Verantwortung stellen und die Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit fortführen wird.



Dieter Reiter
Oberbürgermeister

Das Oktoberfest- Attentat

1980 – Das 146. Oktoberfest

Das Bombenattentat – 26. September 1980

Das 146. Oktoberfest war wie in den Jahren zuvor ein Publikumsmagnet. Über fünf Millionen Besucher zog es auf das 31 Hektar große Festgelände unterhalb der Bavaria-Statue. Am Abend des 26. Septembers 1980, kurz vor der abendlichen Schließung der Festzelte, ereignete sich das Unfassbare. Gegenüber der Verkehrsinsel am Bavariaring, an der Nordseite der Theresienwiese nahe dem Haupteingang zum Festareal, kam es gegen 22:20 Uhr zu einer gewaltigen Explosion. In einem metallenen Abfallkorb, der an einem Verkehrsschild montiert war, explodierte ein Sprengkörper mit verheerenden Folgen. Als die Rettungskräfte am Tatort eintrafen, fanden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote auf der Straße liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle war gewaltig gewesen. Obwohl die Verletzten umgehend versorgt wurden, kam für zwölf Personen wie den Täter jegliche Hilfe zu spät. Sie starben bereits am Tatort oder in den darauffolgenden Stunden und Tagen. 221 Menschen wurden verletzt, 68 davon schwer. Zum Teil erlitten die Opfer schwerste Verbrennungen, die auf eine starke Hitzeentwicklung zurückzuführen waren. Wie die Polizei später in ihren Ermittlungen rekonstruierte, hatte es sich bei der Bombe um einen selbstgebauten Sprengkörper gehandelt. Zahlreiche Personen wiesen durch Metallsplitter bedingte Verletzungen auf, die Amputationen von Gliedmaßen und Organentnahmen erforderlich machten. Einige der Opfer waren noch Wochen



und Monate nach dem Anschlag auf die Versorgung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen angewiesen. Die erlittenen physischen und psychischen Schäden bestimmen zum Teil bis heute das Leben der Opfer, ihrer Angehörigen und derjenigen Menschen, die sich am Tatort für die Versorgung der Verletzten und die Bergung der Toten verantwortlich zeigten.

Die Opfer

- Gabriele Deutsch** (*1962)
- Robert Gmeinwieser** (*1963)
- Axel Hirsch** (*1957)
- Markus Hölzl** (*1936)
- Paul Lux** (*1928)
- Ignaz Platzer** (*1974)
- Ilona Platzer** (*1972)
- Franz Schiele** (*1947)
- Angela Schütterigkeit** (*1941)
- Errol Vere-Hodge** (*1955)
- Ernst Vestner** (*1950)
- Beate Werner** (*1969)

und der Attentäter
Gundolf Köhler (*1959)

Links: Übersicht Theresienhöhe, Tatort und Mahmal

Die Tage nach dem Attentat

Einen Tag nach dem Attentat deutete, abgesehen von niedergelegten Blumen, nur noch wenig auf den Anschlag hin. Zum einen war dies auf die Lage des Explosionszentrums zurückzuführen, welches sich am Rande des Festgeländes befand – auf nahezu unbebauter Fläche. Weder Fahrgeschäfte noch Festzelte waren beschädigt worden. Bis auf einzelne verbogene Verkehrsschilder, beschädigte Gehwegplatten und geborstene Fensterscheiben hatte sich der Sachschaden in Grenzen gehalten. Er war bereits einen Tag nach dem Attentat größtenteils behoben worden. Zum anderen hatte der damals amtierende Oberbürgermeister, Erich Kiesl, noch in der Nacht vom 26. auf den 27. September entschieden, dass das Oktoberfest nicht unterbrochen werden sollte. Die aus mancher Sicht als pietätlos betrachtete Entscheidung basierte auf zwei Gründen: Zusätzlich zu der am Wochenende ohnehin hohen Besucherzahl des Oktoberfests wurden Fußballfans zu einem Spiel zwischen dem Hamburger SV und dem FC Bayern München in der Stadt erwartet. Die Polizei befürchtete, dass die Enttäuschung über die geschlossenen Festzelte womöglich in Aggression umschlagen könnte, die schwer zu kontrollieren wäre. Da von terroristischen Hintergründen des Attentats ausgegangen wurde, fußte die Entscheidung zugleich auf dem Wunsch, Stärke zu demonstrieren. Oberbürgermeister Kiesl formulierte es mit den Worten: *„Weder dieser Staat noch diese Stadt oder ihre Bürger sind von Verbrechern erpressbar. Eine Schließung würde nur den verwerflichen Absichten der Attentäter entgegenkommen. Deshalb muß man auch sagen: Das Leben*



Unterbrechung des Oktoberfests für einen Tag am 30. September 1980



Trauernde am Tatort



Trauerfeier im Alten Rathaus, 30. September 1980

*geht weiter.*¹ So wurde das Oktoberfest fortgesetzt, rund eine Million Menschen besuchten das Festareal an diesem Wochenende. Eine offizielle Trauerfeier im Alten Rathaus sowie ein ökumenischer Gottesdienst, eine Kranzniederlegung und einige andere Gedenkveranstaltungen fanden vier Tage später, am 30. September 1980, statt. An diesem Tag wurde das Volksfest für einen Tag unterbrochen, um der Opfer des Anschlags zu gedenken.

1 Schmalz, Peter: Wir dürfen vor der Gewalt nicht kapitulieren. In: Die Welt. 1. Oktober 1980.

Die polizeilichen Ermittlungen

Unmittelbar nach dem Anschlag nahm die Polizei ihre Ermittlungen auf. Vor dem Hintergrund der Schwere des Attentats und angesichts der neun Tage später stattfindenden **Bundestagswahl** waren die Erwartungen an eine schnelle Aufklärung sehr hoch. Erste Spekulationen über die Hintergründe der Tat wurden laut. Dass es sich bei der Explosion um einen Akt des Terrors handelte, bezweifelten niemand. Die Frage nach den Hintergründen für die Tat schien allerdings strittig zu sein. Wer waren die Verantwortlichen? Gab es einen oder mehrere Täter? Handelte es sich um eine politisch motivierte Tat? Und, wenn dies zutrifft, war die Verantwortung dafür in links- oder rechtsextremistischen Kreisen zu suchen?

Am 5. Oktober 1980 fand die Wahl des 9. Deutschen Bundestages statt, bei denen sich der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) gegen seinen konservativen Herausforderer, den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU), durchsetzte. Vorausgegangen war ein hochpolarisierter, von Fragen der Sicherheitspolitik dominierter Wahlkampf.

Zunächst von Auseinandersetzungen um die Zuständigkeit zwischen Land und Bund überschattet, setzte sich die „Sonderkommission Theresienwiese“ (Soko) aus zeitweise rund 100 Mitarbeitern des Bayerischen Landeskriminalamts (LKA) und des Bundeskriminalamts (BKA) zusammen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, war das Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt“ zusätzlich durch den damaligen Generalbundesanwalt Kurt Rebmann eingeleitet worden. Die Untersuchung lag damit federführend beim Bund.

Bereits am Samstag, einen Tag nach dem Attentat, hatte die Soko den Geologiestudenten **Gundolf Köhler** als Attentäter identifiziert. Auch er starb bei dem Anschlag. Zeugen hatten ihn unmittelbar vor der Explosion am Tatort gesehen. Die Verletzungsmerkmale an Köhlers Leiche untermauerten die Aussagen der Zeugen und ließen keinen Zweifel an seiner Täterschaft. Ein erstes Ermittlungsergebnis. Der Umstand, Köhler selbst nicht mehr zu der Tat und den Hintergründen vernehmen zu können, erschwerte die weiteren Ermittlungen und ließ Fragen offen.

Gundolf Köhler wurde am 27. August 1959 geboren. Er wuchs in Donaueschingen auf, wo er 1978 das Gymnasium abschloss. Bereits als Jugendlicher hatte er im Keller des elterlichen Wohnhauses mit Sprengstoff experimentiert. Während seines Grundwehrdienstes strebte er die Ausbildung zum Sprengmeister an. Aufgrund eines Gehörschadens wurde er jedoch vorzeitig aus dem Wehrdienst entlassen. Der politisch rechtsorientierte Köhler stand bereits Mitte der 1970er Jahre in Kontakt zu der durch den Rechtsextremisten Karl-Heinz Hoffmann begründeten Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) und nahm an Geländeübungen teil. 1978 wandte sich Köhler mit der Bitte an Karl-Heinz Hoffmann, ihn bei der Gründung einer WSG-Gruppe in Donaueschingen zu unterstützen. Hoffmann verwies ihn jedoch an eine sich bereits im Aufbau befindende WSG-Gruppe in Tübingen. Im Anschluss an seinen Wehrdienst begann er ein Geologiestudium in Tübingen. Am 26. September 1980 verübte er den Bombenanschlag in München und kam dabei selbst ums Leben.

Vgl. Heymann, Tobias von: Die Oktoberfest-Bombe. München, 26. September 1980 – Die Tat eines Einzelnen oder ein Terror-Anschlag mit politischem Hintergrund? Berlin, 2008, S. 51ff.

Mit der Feststellung der Personalien wurden erste Details zu Köhlers Person und insbesondere dessen politischer Gesinnung bekannt. Köhler war, aufgrund seines Kontakts zu der rechtsextremistischen **Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)**, bereits in der Vergangenheit nachrichtendienstlich erfasst worden. Angesichts dessen wurde vermutet, dass die WSG für den Anschlag verantwortlich zu machen sei. Die Ermittlungen der ersten Tage konzentrierten sich somit auf die bereits im Frühjahr 1980 verbotene paramilitärische Wehrsportgruppe um Karl-Heinz Hoffmann. Parallel zu den Verhaftungen ehemaliger Mitglieder der WSG wurden bundesweit mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt, u.a. in Schloss Ermreuth, dem einstigen Hauptsitz der Organisation und Wohnsitz Hoffmanns. Sichergestellt wurden neonazistische Schriften, Granaten und Sprengstoff militärischer Herkunft. Kurz darauf wandte sich der bayerische Innenminister Gerold Tandler (CSU) – dessen Ministerium das LKA unterstellt war – an die Öffentlichkeit und machte die WSG für das Attentat verantwortlich.² Einen Tag später wurden die WSG-Mitglieder jedoch wieder aus der Untersuchungshaft entlassen, eine Verbindung zur Tat konnte nicht nachgewiesen werden. Gerold Tandler wich von der anfangs verbreiteten These der Täterschaft der WSG wieder ab und sprach fortan nur noch von der Tat eines Einzelnen. Im Gegensatz dazu äußerte sich ein Sprecher des Generalbundesanwalts Rebmann zurückhaltender. Er schloss eine Einzeltäterschaft nicht aus, stufte jedoch eine Beteiligung mehrerer Personen als wahrscheinlich ein, ohne dabei auf

2 Ohne Verfasser: Rebmann: Schwerster Anschlag. In: Bild vom 29. September 1980.

Die Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) war eine terroristische Vereinigung neonazistischer Prägung, die Neonazis im Kampfsport sowie im Einsatz von Waffen und Munition ausbildete. Sie wurde 1973 durch den in den 1970er Jahren bekanntesten Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland, Karl-Heinz Hoffmann, gegründet. Im Januar 1980 wurde die WSG aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Ausrichtung durch das Bundesinnenministerium verboten.

Vgl. Fromm, Rainer: Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“: Darstellung, Analyse und Einordnung: ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechts extremismus. Frankfurt/Main u.a., 1998. S. 439ff.

die WSG Bezug zu nehmen.³ Zwischen dem bayerischen Ministerium und dem Generalbundesanwalt bestand fortan ein Disput bezüglich der Frage einer möglichen Beteiligung Dritter an dem Attentat.

Unterdessen hatte die Polizei die Zusammensetzung der Bombe rekonstruieren können. Anhand sichergestellter Bombensplitter kam sie zu dem Schluss, dass es sich um einen selbstgefertigten Bombenkörper, bestehend aus einer CO₂-Treibgasflasche und einer sich darin befindenden englischen Mörsergranate, gehandelt hatte. Bei einer Durchsuchung im Keller des elterlichen Wohnhauses von Gundolf Köhler wurden neben schriftlichen Aufzeichnungen zur Herstellung von Sprengstoffen und Zündeinrichtungen Farbpartikel gefunden, die aus dem gleichen Material wie die Farbspuren der sichergestellten Bombensplitter bestanden. Sie wurden als Indiz dafür gewertet, dass Köhler die Bombe nicht nur gezündet, sondern auch gebaut hatte. In den folgenden Wochen und Monaten wurden über 1.800 Zeugen vernommen, um den Tathergang zu rekonstruieren.⁴ Einzelne Zeugen hatten ausgesagt, dass sie Gundolf Köhler in der Nähe des Tatorts in Begleitung mehrerer Personen gesehen hätten. Diese Personen, die zum Teil nur vage beschrieben werden konnten, wurden jedoch nicht ausfindig gemacht. Auch ein Koffer, den Köhler unmittelbar vor der Tat bei sich gehabt haben soll, wurde weder unter den sichergestellten Asservaten noch an anderer Stelle gefunden.

3 Ohne Verfasser: Generalbundesanwalt hält Bombenleger nicht für Einzeltäter. In: Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober 1980.

4 Vgl. Heymann, Tobias von, a.a.O. S. 89.

Obwohl der Tathergang nicht gänzlich nachvollzogen werden konnte, stellte das bayerische LKA die Ermittlungen im Mai 1981 ein. Eineinhalb Jahre später, im November 1982, schloss auch die Generalbundesanwaltschaft ihre Ermittlungen ab. Die aus den Abschlussberichten zu entnehmenden Schlussfolgerungen unterscheiden sich kaum. In beiden wird Gundolf Köhler als Einzeltäter benannt, der die Bombe gebaut, an den Tatort gebracht und gezündet hat. Eine Tatbeteiligung Dritter wird im Bericht des Generalbundesanwalts für möglich gehalten, jedoch als nicht nachweisbar eingestuft. Eine Beteiligung der WSG wird trotz des bestehenden Anfangsverdachts in beiden Berichten ausgeschlossen. Sich auf Aussagen aus dem Bekanntenkreis Köhlers beziehend wird dieser als junger Mann rechtsextremer Gesinnung mit einem übersteigerten Bezug zu Sprengstoffen beschrieben. Persönliche Frustration und unkontrollierter Hass auf seine Umwelt werden als Motive für den Anschlag herausgestellt.

Nach dem Abschluss der Ermittlungen 1982: neue Fragen, neue Erkenntnisse

Seit Einstellung der offiziellen Ermittlungen im Jahr 1982 wurden immer wieder Zweifel an deren Ergebnissen geäußert, die nicht zuletzt in mehreren Initiativen zur Klärung der offenen Fragen mündeten. Rechtsanwalt Werner Dietrich, der mehrere Geschädigte des Attentats bis heute rechtlich vertritt, stellte dreimal einen Antrag auf Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens. Die ersten beiden Anträge (1983 und 2008) wurden seitens der Generalbundesanwaltschaft offiziell „mangels neuer Erkenntnisse“ zurückgewiesen. Erst mit seinem dritten Versuch im Jahr 2014 hatten Dietrich und damit einhergehend all diejenigen, die die Festlegung auf einen Einzeltäter in Frage stellten, Erfolg.

Zweifel an den Ermittlungsergebnissen hegten nicht nur Familienangehörige und Opfer des Attentats. Auch aus den Reihen der Politik wurde wiederholt die Initiative ergriffen, die Tathintergründe neu hinterfragen zu lassen. So stellte die SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Rechtsausschusses Herta Däubler-Gmelin bereits 1981 eine parlamentarische Anfrage nach einer Neubewertung des Oktoberfest-Attentats, nachdem Hinweise auf eine mögliche Herkunft des Sprengstoffs aus rechtsextremistischen Kreisen aufgetaucht waren. Im Jahr 2005, anlässlich des 25. Jahrestags des Anschlags, bemühte sich ein Bündnis aus mehreren Organisationen (u.a. Gewerkschaften und antifaschistische

Vereinigungen) und Einzelpersonen – darunter mehrere Münchner Stadträte sowie Landes- und Bundespolitiker der SPD – erneut um eine Wiederaufnahme der Ermittlungen durch LKA und BKA. Vier Jahre später reichten wiederum Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine „Kleine Anfrage“ zum Oktoberfest-Attentat im Bundestag ein.⁵ Aus dem Antwortschreiben der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass „keine neuen zureichenden und tatsächlichen Anhaltspunkte oder Beweismittel“ vorliegen, die Anlass bieten würden, die Ermittlungen neu aufzunehmen.⁶ Mit dem Verweis auf unzureichende und fehlende neue Indizien wurden sämtliche, bis 2014 unternommenen Initiativen für eine Wiederaufnahme bzw. Nachermittlung durch die Generalbundesanwaltschaft und das BKA abgelehnt.

- 5 Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Silke Stokar von Neuforn, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In: Bundestags-Drucksache 16/13305. Deutscher Bundestag, 4. Juni 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.
- 6 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In: Deutscher Bundestag Drucksache 16/13527. Deutscher Bundestag 22. Juni. 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.

Allen Bemühungen lagen im Wesentlichen dieselben Motivationen zugrunde: der Wunsch nach einer Aufklärung der strittigen Ermittlungsergebnisse (z.B. Auswertung von Zeugenaussagen, Bezug des Sprengstoffs, Beteiligung der Wehrsportgruppe Hoffmann). Die Skepsis stützte sich unter anderem auf die Publikation des Journalisten Ulrich Chaussy „Oktoberfest. Ein Attentat“, in der er seine Recherchen den Ermittlungen von Polizei und Justiz gegenüberstellt und unbeantwortete Fragen sowie Unstimmigkeiten offen legt.⁷ Einer der Hauptkritikpunkte ist dabei die schnelle Festlegung auf eine Einzeltat, die, trotz mehrerer gegenteiliger Zeugenaussagen, nicht zuordenbarer Asservate sowie der Selbstbezeichnung zweier ehemaliger WSG-Mitglieder, an der Tat beteiligt gewesen zu sein, getroffen wurde. In diesem Zusammenhang wird vermutet, dass die damalige Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 einen entscheidenden Einfluss auf das Vorgehen der bayerischen Ermittler und deren Ergebnisse gehabt hat. Es wird angenommen, dass der Bevölkerung durch schnelle Ermittlungserfolge nicht nur Kontrolle und Sicherheit suggeriert, sondern auch eine vorausgegangene Fehleinschätzung des bayerischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerkandidaten Franz Josef Strauss relativiert werden sollte. Dieser hatte nicht nur die von Linksextremisten ausgehende Gefahr als wesentlich höher als die von Rechtsextremisten eingestuft, sondern auch das Verbot der WSG im Frühjahr 1980 als Überreaktion bezeichnet.⁸

7 Chaussy, Ulrich: Oktoberfest. Ein Attentat. Darmstadt/Neuwied, 1985.

8 Heymann, Tobias von, a.a.O., S. 215ff.

Eine Involvierung von organisierten Rechtsextremisten als Ermittlungsergebnis hätte wohlmöglich einen negativen Einfluss auf seine Kandidatur als Bundeskanzler haben können.

Die Zweifel an der propagierten Einzeltat und den Motiven Köhlers wurden auch durch die Veröffentlichung des Journalisten Tobias von Heymann gestützt. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks in den späten 80er Jahren des 20. Jahrhunderts setzten sich Wissenschaftler in unterschiedlicher Weise erneut mit dem Anschlag auf das Oktoberfest auseinander. Ursache hierfür war vor allem die Möglichkeit, Dokumente mit einbeziehen zu können, die bis dato unzugänglich gewesen waren. So untersuchte von Heymann Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) gezielt nach Aufzeichnungen, die das Bombenattentat von München betrafen.⁹ Er sichtete über 6.000 Dokumente, die verdeutlichen, dass das MfS die Ermittlungen zum Attentat nicht nur sehr aufmerksam verfolgt hatte, sondern den Anschlag als eine politisch motivierte, rechtsextremistische Tat erachtete. Heymann verweist insbesondere auf ein Dokument, in dem das MfS auf eine Überwachung der WSG durch die Verfassungsschutzämter der Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Bezug nimmt. Diese unter dem Namen „Aktion Wandervogel“ durchgeführte Überwachung war bereits 22 Stunden vor dem Münchner Sprengstoffanschlag eingeleitet worden. Sie ließ das MfS mutmaßen, dass die

9 Ebd.

bundesdeutschen Staatsschützer möglicherweise Kenntnisse über den bevorstehenden Anschlag besaßen.¹⁰

Neben den Akten des MfS wertete von Heymann Presseberichte rund um den Anschlagstag aus. Auch hier fand er Hinweise darauf, dass Köhler womöglich Mittäter hatte, denn bei mehreren Münchner Tageszeitungen waren einen Tag nach dem Oktoberfest-Attentat anonyme Anrufe einer Frau entgegengenommen worden. Der Wortlaut war immer derselbe: „Wir sind von den Rechten aus Bologna. Wir sind gegen die Roten. Wir haben gestern einen Streich gemacht. Wir werden weitermachen.“¹¹ – Knapp zwei Monate vor dem Oktoberfest-Attentat war in Bologna am 2. August 1980 ebenfalls ein Bombenattentat verübt worden, bei dem 85 Menschen starben und über 200 verletzt wurden. Dieser Anschlag konnte eindeutig einem rechtsextremistischen Netzwerk zugeordnet werden. – Die anonyme Anruferin wurde nie ausfindig gemacht. Der Hinweis auf das Bombenattentat von Bologna und dessen zeitliche Nähe zum Oktoberfest-Anschlag lassen für viele die Einzeltäter-These einmal mehr als fraglich erscheinen.

10 Ebd., S. 131ff.

11 Ebd., S. 79.

Unverkennbar trug das Forschungsergebnis Tobias von Heymanns dazu bei, dass Rechtsanwalt Dietrich im Jahr 2008 seinen zweiten Antrag auf Wiederaufnahme der Ermittlungen stellte. Neben seiner Forderung, die MfS-Akten einzubeziehen, regte er zudem einen Abgleich der Splitter der Oktoberfest-Bombe mit den Bomben an, die von rechts-extremistischen Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren verwendet worden waren. Ein weiterer Beweggrund Dietrichs, den Fall wieder aufrollen zu lassen, bestand in den neuen Möglichkeiten kriminaltechnischer Untersuchungen, wie beispielsweise der DNA-Analysen, die in den 1980er Jahren noch nicht durchführbar waren. Auf seinen Antrag hin, die damals sichergestellten Asservate erneut untersuchen zu lassen, gab die Bundesanwaltschaft jedoch bekannt, dass diese bereits 1997 vernichtet worden seien. Weshalb dies geschah, bleibt ungeklärt. Im Regelfall werden Asservate nur bei rechtskräftig abgeschlossenen Fällen – Strafverfahren mit Freispruch oder Verurteilung – ausgesondert.

Über drei Jahrzehnte nach dem Attentat wurde dem dritten Antrag Dietrichs schließlich 2014 stattgegeben. Mit ausschlaggebend für diesen späten Erfolg war der Kinofilm „Der blinde Fleck“ (2013) – ein Politthriller, der das Attentat und die Nachforschungen des Journalisten Chaussy thematisiert. Die mediale Wirkung war unerwartet. Der preisgekrönte Film rief bei den Zuschauern eine Resonanz hervor, wie sie durch keine andere Berichterstattung je erreicht worden war.

Es meldeten sich neue Zeugen bei **Chaussy** und **Dietrich** und untermauerten mit ihren Aussagen die Zweifel an einem Einzeltäter, indem sie bezeugten Köhler unmittelbar vor der Explosion in Begleitung gesehen zu haben. Doch nicht nur diese Aussagen zwangen die Generalbundesanwaltschaft zum Handeln. Auch die Erkenntnisse aus dem **NSU-Prozess** trugen dazu bei. Das damalige Ermittlungsversagen und die Verwicklung von Vertrauensleuten (V-Leuten) in die NSU-Mordserie sensibilisierte die Sicherheitsbehörde für eine Überprüfung einst strittiger Ermittlungsergebnisse. Zudem reichten die Bundestagsfraktionen **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und die **DIE LINKE** im Mai 2015 eine gemeinsame Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Sie sollte der Klärung dienen, inwieweit V-Leute des Verfassungsschutzes Kenntnisse über das bevorstehende Oktoberfest-Attentat besaßen. Der Klage auf generelles Informationsrecht wurde zum Teil stattgegeben. Mit Verweis auf den Schutz der V-Leute, deren Persönlichkeitsrechte und das Staatswohl werden Anfragen bezüglich des Einsatzes von V-Leuten allerdings auch weiterhin abgelehnt.

Im Dezember 2014 nahm die Bundesanwaltschaft ihre Ermittlungen schliesslich wieder auf. Gemeinsam mit der eigens vom Bayerischen Landeskriminalamt gegründeten „Soko 26. September“ wurde ein Aktenbestand von mehr als 300.000 Seiten gesichtet, darunter auch Geheimdienstakten, die bislang unter Verschluss lagen.

Ulrich Chaussy, freier Journalist des Bayerischen Rundfunks und Rechtsanwalt Werner Dietrich fochten über drei Jahrzehnte die Ermittlungsergebnisse zum Oktoberfest-Attentat an. Für beide gestaltete sich die Wahrheitsfindung zu einem Lebensthema, in welches Dietrich weit über sein Mandat hinaus Zeit und Geld investierte. Ihrer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass die Ermittlungen wieder aufgenommen wurden. 2015 erhielten sie beide für ihr Engagement den Krenkl-Preis der SPD im Münchner Süden. Zudem wurden Ulrich Chaussy 2014 und Werner Dietrich 2019 mit der Bayerischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet.

Von Mai 2013 bis Juli 2018 wurde in München der NSU-Prozess verhandelt. Die Angeklagte, Beate Zschäpe war Mitglied der dreiköpfigen rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Die beiden anderen Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hatten sich einer Verhaftung durch Suizid entzogen. Unter dem Vorsatz des „Erhalts der deutschen Nation“ ermordete das Trio in den Jahren 2000 bis 2006 neun Menschen nichtdeutscher Herkunft. Darüber hinaus sind sie für zahlreiche Sprengstoffanschläge und den Tod einer Polizistin verantwortlich. Erst 2011 wurde der NSU enttarnt. Bis zu diesem Zeitpunkt gingen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass es sich bei der Mordserie um organisierte Ausländerkriminalität handelte. Das rassistische Motiv wurde jahrelang verkannt und auch Hinweise auf die rechtsextremen Täter ignoriert. Die öffentliche Empörung über das Ermittlungsversagen mündete in dem Vorwurf, dass der Verfassungsschutz auf dem „rechten Auge blind“ sei. Zschäpe wurde, des zehnfachen Mordes schuldig, zu lebenslanger Haft verurteilt. Vier weitere mutmaßliche Unterstützer des NSU wurden ebenfalls zu Haftstrafen verurteilt.

Über 1.000 Vernehmungen wurden durchgeführt und 770 alten wie neuen Spuren nachgegangen. Nach fünfeinhalb Jahren wurden im Juli 2020 die Ermittlungen eingestellt und die offizielle Opferzahl von 224 auf 234 erhöht. Trotz der umfangreichen Ermittlungsarbeit konnten weder mögliche Mittäter überführt, noch die Herkunft des Sprengstoffs geklärt werden. Im Gegensatz zu den Ermittlungen der 1980er Jahre bewertet die Bundesanwaltschaft den Anschlag allerdings nicht länger als unpolitisch, sondern als eine rechtsextremistisch motivierte Tat.

Das Oktoberfest-Attentat im öffentlichen Bewusstsein

Vier Tage nach dem Attentat, am 30. September 1980, trauerte die Stadt um die Opfer des Anschlags. In einer offiziellen Trauerfeier im Alten Rathaus kamen neben den Familienangehörigen Politiker der Bundesrepublik, Geistliche sowie verschiedene andere Würdenträger zusammen, um der Getöteten und Verletzten zu gedenken. In seiner Ansprache bezeichnete der damalige Oberbürgermeister Kiesel die Trauerfeier als einen Akt der Solidarität mit den Verletzten und Hinterbliebenen und wandte sich gleichzeitig in einem Appell an die Bevölkerung. Er betonte, dass Gewalt, unabhängig ob von linker oder rechter Gesinnung motiviert, sich immer gegen die Gesellschaft als Ganzes richte. Er forderte die Menschen zu politischer Wachsamkeit und Zivilcourage auf: „*Wir müssen eintreten gegen jede Haltung, die Gewalt ausübt, sie predigt, sie billigt, duldet oder nur verharmlost.*“¹² Dieser Aufforderung kamen am 30. September 1980 die Bürger der Stadt München nach, indem sie an den verschiedensten öffentlichen Mahn- und Gedenkveranstaltungen teilnahmen.¹³ Seit dem Attentat



Gedenkfeier am Tatort, 26. September 1981

- 12 Landeshauptstadt München (Hrsg.): 26. September 1980. Dokumentation zum 5. Jahrestag des Bombenanschlags auf dem Oktoberfest in München. München, 1985, S. 18.
- 13 Unter anderem fanden ein von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und den Münchner Jungdemokraten und Jungsozialisten organisierter Gedenk-Fackelzug, ein ökumenischer Gottesdienst, eine DGB-Kundgebung mit Schweigeminute sowie eine Kranzniederlegung statt.



Antifaschistische Mahnwache, 26. September 2000

organisiert die DGB-Jugend München jeweils am Jahrestag eine Kundgebung mit Kranzniederlegung, um der Opfer des Bombenanschlags zu gedenken und die kritische Auseinandersetzung mit dem Attentat wachzuhalten.

Um die Erinnerung an die Opfer des Anschlags im öffentlichen Bewusstsein aufrechtzuerhalten, wurde im Auftrag der Stadt München 1981 eine Gedenksäule am Haupteingang des Oktoberfests errichtet. Doch auch nach mehrmaligen Umgestaltungen, wie der Einbettung in ein Blumenbeet 1985, fiel die Säule am Gedenkort kaum auf. Die Dominanz des Festareals und die unscheinbare Gestaltung ließen Millionen von Besuchern vorbeiziehen, ohne den Ort wahrzunehmen. Oft wurde er als Müllhalde oder Pissoir zweckentfremdet. Um dem Gedenkort mehr Würde und Beachtung zukommen zu lassen und diesen vor Beschädigungen zu schützen, wurde im Jahr 2008 das Mahnmal erneut umgestaltet. Die 1981 durch Friedrich Koller entworfene, bronzene Stele wurde von ihm um eine halbrunde, durchlöchernde Stahlwand erweitert, die an die Streukraft der Bombe erinnern soll. Laut Aussage des Künstlers ist diese Wand als eine Metapher für Schutz und Demokratie zu verstehen, die, angedeutet durch die Löcher, verletzt wurde. Zusätzlich finden sich in den Boden eingelassene Stahlsplitter, die symbolisch für die Toten des Attentats stehen. Auf der Säule selbst sind auf Initiative der Angehörigen seit 1987 die Namen der Todesopfer zu lesen.



WILHELMSDIENEN AN
DIE OPFER DES
ERSTEN WELTKRIEGES
VOM 28. AUGUST 1914

In der erinnerungskulturellen Auseinandersetzung hat sich gezeigt, dass das Oktoberfest-Attentat häufig mit dem Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München verwechselt wird.¹⁴ Auch vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Initiativen wie die Umgestaltung des Mahnmals, die jährliche Gedenkveranstaltung, sowie publizistische und künstlerische Auseinandersetzungen¹⁵ wichtig sind, um die Erinnerung an das Geschehen im öffentlichen Bewusstsein stets wachzuhalten.

- 14 Vgl. Kienast, Moritz: Erinnerung an das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980. Magisterarbeit am Historicum der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2015.
- 15 Hierzu zählen u.a. der Film „Der blinde Fleck“ von Daniel Harrich (2013) sowie das Theaterstück der Regisseurin Christiane Mudra „Wir waren nie weg – die Blaupause“ aus dem Jahr 2015.





„Die Zeit heilt keine Wunden“ – die Folgen für die Opfer und deren Angehörige

„Die Zeit heilt keine Wunden“, das waren die Worte einer Frau, deren Sohn bei dem Anschlag ums Leben gekommen ist und die, wie einige andere, für die vorliegende Broschüre interviewt wurde. Ihre Aussage steht exemplarisch für das Leid aller, die bei dem Attentat verletzt wurden oder Freunde und Familienangehörige verloren haben.

Vier Jahrzehnte nach dem Anschlag leiden viele noch immer unter ihren schwerwiegenden Verletzungen, die trotz lang andauernder Krankenhausaufenthalte, unzähliger Operationen und weiterer Rehabilitationsmaßnahmen nicht gänzlich geheilt werden konnten. Zum Großteil handelt es sich um Bewegungseinschränkungen, die das alltägliche Leben der Anschlagsoffer seitdem prägen. Mehrere der befragten Personen mussten ihr Leben angesichts der körperlichen und seelischen Verletzungen vollständig umstellen. Dies zeigt sich ganz besonders im Alltag. So ist beispielsweise die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für einige nur noch unter erheblichen Kraftanstrengungen möglich, da bereits Wege zu den Haltestellen oder langes Stehen Schmerzen hervorrufen.

Doch nicht nur die physischen Beeinträchtigungen haben zu einem Verlust der Lebensqualität geführt. Während heutzutage Krisenintervention und psychologische Betreuung traumatisierter Personen nach einschneidenden Erlebnissen oder Unfällen nahezu selbstverständlich sind, waren diese Behandlungsmethoden Anfang der 1980er Jahre noch nicht etabliert. Die Überlebenden des Anschlags sowie die Angehörigen von Verletzten und Todesopfern waren mit der Verarbeitung ihrer Erlebnisse weitestgehend auf sich allein gestellt. Ein Großteil leidet noch heute unter posttraumatischen Belastungsstörungen. So wurde in Gesprächen deutlich, dass viele es seit dem Anschlag vermeiden, sich in größeren Menschenmengen aufzuhalten, und sehr sensibel auf laute Knallgeräusche reagieren. Auch von einer Teilnahme an der jährlichen Gedenkveranstaltung nehmen viele der Überlebenden Abstand, da der Aufenthalt am Tatort und die Atmosphäre des Oktoberfests die schrecklichen Erinnerungen an den Anschlag zu schmerzhaft hervorrufen.

Als zusätzliche Belastung zu den erlittenen physischen und psychischen Verletzungen empfinden viele der Überlebenden den Umgang mit ihren durch den Anschlag verursachten gesundheitlichen Bedürfnissen. Innerhalb des ersten Jahres nach dem Attentat hatten die geschädigten Personen eine finanzielle Unterstützung erhalten, welche jedoch mit zunehmender Genesung reduziert bzw. eingestellt wurde. Für weitere notwendige Rehabilitationsmaßnahmen oder psychologische Behandlungen kamen die Geschädigten selbst auf oder müssen noch immer lange bürokratische Wege auf sich nehmen.

Viele der Überlebenden betonten die Hilfsbereitschaft der Münchner Bürger direkt nach dem Attentat sowie das Engagement einzelner Organisationen, wie z.B. des Weissen Rings, einer Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und deren Familien. Mit Spenden, Geschenken und Krankenhausbesuchen unterstützten sie die Verletzten, die von dieser positiven Erfahrung teilweise heute noch zehren.

Jahrzehntlang haben die Überlebenden keine angemessene materielle Entschädigung erhalten, die auch ihre Leidensgeschichte berücksichtigt. Erst die Neubewertung des Attentats durch die Generalbundesanwaltschaft als rechtsextreme Tat eröffnete den Überlebenden im Juli 2020 die Aussicht auf eine angemessene Entschädigung.

Erinnerungskulturelles Forschungsprojekt der Landeshauptstadt München

2015 initiierte die Stadt München ein Forschungsprojekt zum Oktoberfest-Attentat. Das anfängliche Ziel, Lebensgeschichten von Überlebenden zu dokumentieren, entwickelte sich zu einem gemeinschaftlichen Projekt, um das Attentat und seine Folgen in der Stadt sichtbar zu machen. Die Gespräche haben viele eindringliche Geschichten offenbart, vor allem aber auch, wie viel Unterstützung die Überlebenden des Anschlags bis heute benötigen. 2018 wurde deshalb ein Unterstützungsfonds eingerichtet. Bis 2020 stellte der Stadtrat einen Betrag von 100.000 Euro zur Verfügung, der von BEFORE, einem Verein zur Beratung für Betroffene und Opfer rechter Gewalt, verwaltet wird. Betroffene können sich bei BEFORE melden und einen Antrag stellen.

Das Aufgabenfeld des Forschungsprojekts hat sich seit 2015 zunehmend erweitert, denn viele der Überlebenden äußerten den Wunsch nach einem Austausch untereinander und einer Möglichkeit zur Mitgestaltung der städtischen Erinnerungsarbeit. In regelmäßigen Abständen organisiert das Kulturreferat deshalb Treffen, bei denen sich die Überlebenden untereinander und gemeinsam mit dem Team des Forschungsprojekts über ein würdiges Gedenken austauschen. Dem dort formulierten Wunsch des sichtbaren Gedenkens im Zentrum der Stadt folgte zunächst die gemeinsame Realisierung einer Gedenktafel am Neuen Rathaus 2018.



Einweihung der Gedenktafel am Münchner Rathaus durch Oberbürgermeister Dieter Reiter und stellvertretend für die Überlebenden und Todesopfer des Anschlags, Dimitrios Lagkadinou, 4. September 2018, „Ihr unbeachtetes Leid mahnt uns zur Fürsorge. Rechtsextreme Taten fordern unsere Wachsamkeit. München erinnert an alle Betroffenen und Todesopfer des Oktoberfest-Attentats vom 26.09.1980“.

Vom Erfolg dieser Zusammenarbeit bekräftigt und dem Anspruch über das Attentat aufklären und die Schicksalsgeschichten ins öffentliche Bewusstsein rücken zu wollen, wurde seit 2018 auf die Realisierung einer Dokumentationsstätte hingewirkt. Sowohl bei der Entscheidung für den gestalterischen Entwurf wie auch der Realisierung waren Überlebende aktiv beteiligt.

Anlässlich des 40. Jahrestages im September 2020 wurde die „Dokumentation Oktoberfest-Attentat“ der Öffentlichkeit übergeben. Neben dem bestehenden Kunstwerk von Friedrich Koller soll die Ausstellung Besuchern ermöglichen, sich am Eingang der Theresienwiese über die Geschehnisse des 26. Septembers 1980 zu informieren und die Tragweite dieses Attentats aus Sicht der Überlebenden zu erfahren.¹⁶

Die Auseinandersetzung mit dem Oktoberfest-Attentat bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der sich die Landeshauptstadt München bekennt. Das Kulturreferat setzt das erinnerungskulturelle Forschungsprojekt fort, denn unzählige Berichte von Überlebenden, Erst Helfenden und Augenzeugen sind noch nicht erzählt und dokumentiert.

Wenn Sie etwas dazu beitragen möchten oder Fragen zu dem Projekt haben, wenden Sie sich bitte an das Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Bereich Stadtgeschichte, Telefon: 089 233-24435.

¹⁶ Informationen zur Dokumentation finden Sie unter:
<http://www.dokumentation-oktoberfestattentat.de/>



Die Dokumentation Oktoberfest-Attentat an der Theresienwiese informiert über das Attentat. Sie erinnert an die Opfer, lässt Überlebende und Angehörige sowie Augenzeug*innen zu Wort kommen und beschreibt den gesellschaftlichen Umgang mit dem Anschlag bis in die Gegenwart.

Quellen:

- **Chaussy, Ulrich:** Oktoberfest. Ein Attentat. Darmstadt/Neuwied, 1985.
- **Fromm, Rainer:** Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“: Darstellung, Analyse und Einordnung: ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus. Frankfurt/Main u.a., 1998.
- **Heymann, Tobias von:** Die Oktoberfest-Bombe. München, 26. September 1980 – Die Tat eines Einzelnen oder ein Terror-Anschlag mit politischem Hintergrund? Berlin, 2008.
- **Kienast, Moritz:** Erinnerung an das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980. Magisterarbeit am Historicum der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2015.
- **Kleine Anfrage** der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Silke Stokar von Neuforn, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In: Bundestags-Drucksache 16/13305. Deutscher Bundestag, 4. Juni 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.
- **Antwort der Bundesregierung** auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In: Deutscher Bundestag Drucksache 16/13527. Deutscher Bundestag 22. Juni 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.
- **Landeshauptstadt München (Hrsg.):** 26. September 1980. Dokumentation zum 5. Jahrestag des Bombenanschlages auf dem Oktoberfest in München. München, 1985.
- **Ohne Verfasser:** Generalbundesanwalt hält Bombenleger nicht für Einzeltäter. In: Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober 1980.
- **Ohne Verfasser:** Rebmann: Schwerster Anschlag. In: Bild vom 29. September 1980.
- **Schmalz, Peter:** Wir dürfen vor der Gewalt nicht kapitulieren. In: Die Welt. 1. Oktober 1980.

Abbildungsverzeichnis

- Seite 12 Städtisches Vermessungsamt der Landeshauptstadt München
- Seite 15 Heinz Gebhardt
- Seite 16, 17 Stadtarchiv München (FS-ERG-B-0025, FS-ERG-B-0027)
- Seite 37, 38, 44 Mark Schütze/Stadtarchiv München (FS-ERG-B-0026, FS-ERG-B-0029, FS-ERG-B-0028)
- Seite 40/41 Denis Schäfer
- Seite 43 Tobias Hase/Kulturreferat
- Seite 49 Astrid Schmidhuber/Kulturreferat
- Seite 51 Büro Müller-Rieger/Kulturreferat



Impressum

Herausgeber:
Landeshauptstadt München
Kulturreferat
Burgstr. 4, 80331 München

Oberbürgermeister
Fachstelle für Demokratie –
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Menschenfeindlichkeit
Marienplatz 8, 80331 München

4. überarbeitete Auflage 2020

Autorin:
Tatjana Neef
Redaktion:
Kulturreferat, Dr. Sabine Schalm

Grafische Gestaltung:
www.leistls.org

Druck und Bindung:
Fuchs-Druck GmbH Miesbach

Gedruckt auf Papier aus
100% zertifiziertem Holz
aus kontrollierten Quellen